

B.8. Vor dem Hintergrund des Vorstehenden ist die gleichzeitige Ausübung des Rechtsanwaltsberufes und des Amtes des Unternehmensrichters durch das Ziel gerechtfertigt, die Anwesenheit von Laienrichtern mit der erforderlichen Berufserfahrung sicherzustellen, und ist diese mit ausreichenden Verfahrensgarantien verbunden, die eine begründete Befürchtung der Parteilichkeit ausschließen.

Dabei ist außerdem festzuhalten, dass jede Partei aufgrund der Artikel 828 ff. des Gerichtsgesetzbuches einen Ablehnungsantrag einreichen kann. Schließlich bestimmt Artikel 831 des Gerichtsgesetzbuches auch, dass jeder Richter, der weiß, dass gegen ihn ein Ablehnungsgrund vorliegt, sich der Sache enthalten muss, was im Falle einer Interessenkollision zutrifft.

Vorbehaltlich der in B.7.4 erwähnten Auslegung ist der erste Teil des einzigen Klagegrunds unbegründet.

In Bezug auf die erforderliche berufliche Eignung

B.9.1. Im zweiten Teil ihres einzigen Klagegrundes beanstanden die klagenden Parteien den Umstand, dass die zum Unternehmensrichter ernannten Rechtsanwälte von der für effektive Magistrate vorgesehenen Prüfung zur beruflichen Eignung befreit würden. Das führe zu einer Diskriminierung zwischen Rechtsunterworfenen, da sie sich auf gleiche Weise an die Entscheidungen von Magistraten halten müssten, wobei diese jedoch keine einheitliche « Eignung und Qualifikation » aufwiesen.

B.9.2. Wie in B.7.2 erwähnt wurde, bewegt sich die Möglichkeit der Ernennung von Rechtsanwälten zum Unternehmensrichter im Rahmen des Systems der Laienrichter bei den Unternehmensgerichten, die aufgrund ihrer spezifischen Berufserfahrung eingesetzt werden, die einen Mehrwert für die zu behandelnden Rechtssachen darstellt. Es ist folglich nicht sachlich ungerechtfertigt, dass Rechtsanwälte, die als Laienrichter eingesetzt werden, genauso wie zu anderen Berufsgruppen gehörende Personen, die dieses Amt auf Grundlage ihrer Berufserfahrung ausüben, nicht denselben Anforderungen wie effektive Magistrate unterworfen werden.

B.9.3. Der zweite Teil des einzigen Klagegrundes ist unbegründet.

Aus diesen Gründen:

Der Gerichtshof

weist die Klage vorbehaltlich der in B.7.4 erwähnten Auslegung zurück.

Erlassen in niederländischer, französischer und deutscher Sprache, gemäß Artikel 65 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof, am 19. November 2020.

Der Kanzler,
P.-Y. Dutilleux

Der Präsident,
L. Lavrysen

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C - 2021/31412]

9 DECEMBRE 2019. — *Loi modifiant la loi générale sur les douanes et accises du 18 juillet 1977 et le code de la taxe sur la valeur ajoutée transposant la directive (UE) 2017/1371. — Traduction allemande*

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de la loi du 9 décembre 2019 modifiant la loi générale sur les douanes et accises du 18 juillet 1977 et le code de la taxe sur la valeur ajoutée transposant la directive (UE) 2017/1371 (*Moniteur belge* du 18 décembre 2019, *add.* du 9 janvier 2020).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmedy.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C - 2021/31412]

9 DECEMBER 2019. — *Wet tot wijziging van de algemene wet inzake douane en accijnzen van 18 juli 1977 en het wetboek van de belasting over de toegevoegde waarde ter omzetting van richtlijn (EU) 2017/1371. — Duitse vertaling*

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van de wet van 9 december 2019 tot wijziging van de algemene wet inzake douane en accijnzen van 18 juli 1977 en het wetboek van de belasting over de toegevoegde waarde ter omzetting van richtlijn (EU) 2017/1371 (*Belgisch Staatsblad* van 18 december 2019, *add.* van 9 januari 2020).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling in Malmedy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

[C - 2021/31412]

9. DEZEMBER 2019 — *Gesetz zur Abänderung des allgemeinen Gesetzes vom 18. Juli 1977 über Zölle und Akzisen und des Mehrwertsteuergesetzbuches zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2017/1371 — Deutsche Übersetzung*

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Gesetzes vom 9. Dezember 2019 zur Abänderung des allgemeinen Gesetzes vom 18. Juli 1977 über Zölle und Akzisen und des Mehrwertsteuergesetzbuches zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2017/1371.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmedy erstellt worden.

9. DEZEMBER 2019 — *Gesetz zur Abänderung des allgemeinen Gesetzes vom 18. Juli 1977 über Zölle und Akzisen und des Mehrwertsteuergesetzbuches zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2017/1371*

PHILIPPE, König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Die Abgeordnetenkammer hat das Folgende angenommen und Wir sanktionieren es:

KAPITEL 1 — *Allgemeine Bestimmungen*

Artikel 1 - Vorliegendes Gesetz regelt eine in Artikel 74 der Verfassung erwähnte Angelegenheit.

Art. 2 - Vorliegendes Gesetz dient der Teilumsetzung der Richtlinie (EU) 2017/1371 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2017 über die strafrechtliche Bekämpfung von gegen die finanziellen Interessen der Union gerichtetem Betrug.

KAPITEL 2 — *Abänderungen des allgemeinen Gesetzes vom 18. Juli 1977 über Zölle und Akzisen*

Art. 3 - Artikel 115 § 1 des allgemeinen Gesetzes vom 18. Juli 1977 über Zölle und Akzisen, abgeändert durch das Gesetz vom 12. Mai 2014, wird wie folgt ersetzt:

“§ 1 - Für falsche Versandanmeldungen, die bei der Abgangsstelle festgestellt werden, gelten im Falle betrügerischer Absicht die Strafen, die in den Artikeln 220 bis 225, 227, 229 und 230 beziehungsweise in Artikel 231 erwähnt sind.”

Art. 4 - Artikel 202 desselben Gesetzes, ersetzt durch das Gesetz vom 22. Dezember 1989 und zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 21. Dezember 2009, wird durch einen Paragraphen 3 mit folgendem Wortlaut ergänzt:

“§ 3 - Haben in § 1 erwähnte Personen den Verstoß in betrügerischer Absicht begangen, werden sie darüber hinaus mit einer Gefängnisstrafe von acht Tagen bis zu einem Monat bestraft.

Haben in § 1 erwähnte Personen den Verstoß in betrügerischer Absicht begangen und die finanziellen Interessen der Europäischen Union schwer verletzt, werden sie mit einer Gefängnisstrafe von vier Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.

Die finanziellen Interessen der Europäischen Union müssen auf jeden Fall als schwer verletzt angesehen werden, wenn der Schaden mehr als 100.000 EUR beträgt.”

Art. 5 - Artikel 220 § 2 desselben Gesetzes, ersetzt durch das Gesetz vom 17. Juni 2013, wird durch einen Absatz mit folgendem Wortlaut ergänzt:

“Die finanziellen Interessen der Europäischen Union müssen auf jeden Fall als schwer verletzt angesehen werden, wenn der Schaden mehr als 100.000 EUR beträgt.”

Art. 6 - In Artikel 228 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Gesetz vom 12. Mai 2014, werden die Wörter “wird nicht auferlegt, wenn die Beschlagnahme zwischen fünf Uhr morgens und neun Uhr abends auf den in Artikel 57 Absatz 1 erwähnten Straßen und Wegen erfolgt ist, wenn sie bei Einfuhr auf dem Landweg am Ort, an dem die erste Stelle liegt, vorgenommen worden ist oder im Allgemeinen” durch die Wörter “wird im Allgemeinen nicht auferlegt,” ersetzt.

Art. 7 - In Artikel 229 desselben Gesetzes werden die Wörter “In Abweichung von Artikel 228 wird die Gefängnisstrafe” durch die Wörter “Die Gefängnisstrafe wird” ersetzt.

Art. 8 - Artikel 256 desselben Gesetzes, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 12. Mai 2014, wird wie folgt ersetzt:

“Art. 256 - § 1 - Mit einer Geldbuße, die dem Fünf- bis Zehnfachen der hinterzogenen Akzisen entspricht, ohne dass sie unter 250 EUR liegen darf, werden geahndet:

1. Verwendungen ausländischer Waren unter anderen Bedingungen als der besonderen Verwendung, die ihnen gemäß der bei der endgültigen Einfuhr bei der Verwaltung abgegebenen Anmeldung zugedacht war und die die Anwendung einer günstigeren Steuerregelung gerechtfertigt hat, als wenn der Zoll die tatsächliche Bestimmung gekannt hätte,

2. Vorgänge mit dem Ziel, Merkmale oder Eigenschaften der erwähnten Waren zu entfernen oder zu verleihen, deren Vorhandensein oder Nichtvorhandensein bei der endgültigen Einfuhr zur Anwendung einer günstigeren Steuerregelung geführt hat, als wenn diese Merkmale oder Eigenschaften nicht vorhanden beziehungsweise vorhanden gewesen wären.

Darüber hinaus sind die hinterzogenen Akzisen zu entrichten.

§ 2 - Haben Zuwiderhandelnde die in § 1 erwähnten Verstöße in betrügerischer Absicht begangen oder zu begehen versucht, werden sie darüber hinaus mit einer Gefängnisstrafe von acht Tagen bis zu einem Monat bestraft. Haben Zuwiderhandelnde die in § 1 erwähnten Verstöße in betrügerischer Absicht begangen und die finanziellen Interessen der Europäischen Union schwer verletzt, werden sie mit einer Gefängnisstrafe von vier Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.

Die finanziellen Interessen der Europäischen Union müssen auf jeden Fall als schwer verletzt angesehen werden, wenn der Schaden mehr als 100.000 EUR beträgt.”

Art. 9 - In Artikel 257 § 3 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Gesetz vom 25. April 2014, werden zwischen dem Wort “zuführen” und den Wörtern “, wird mit den Strafen” die Wörter “oder zuzuführen versucht” eingefügt.

Art. 10 - In Artikel 259 desselben Gesetzes wird der letzte Absatz wie folgt ersetzt:

“Der Zuwiderhandelnde wird darüber hinaus mit einer Gefängnisstrafe von acht bis zu dreißig Tagen bestraft. Hat der Zuwiderhandelnde die finanziellen Interessen der Europäischen Union schwer verletzt, wird er mit einer Gefängnisstrafe von vier Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.

Die finanziellen Interessen der Europäischen Union müssen auf jeden Fall als schwer verletzt angesehen werden, wenn der Schaden mehr als 100.000 EUR beträgt.”

KAPITEL 3 — *Abänderungen des Mehrwertsteuergesetzbuches*

Art. 11 - Artikel 73 des Mehrwertsteuergesetzbuches, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 17. Juni 2013, wird durch einen Absatz mit folgendem Wortlaut ergänzt:

“Die Steuerhinterziehung gilt auf jeden Fall als schwerwiegend, wenn in Absatz 1 erwähnte Verstöße mit dem Hoheitsgebiet von mindestens zwei Mitgliedstaaten verbunden sind und einen Gesamtschaden von mindestens 10.000.000 EUR umfassen.”

Art. 12 - In dasselbe Gesetzbuch wird ein Artikel 73^{nonies} mit folgendem Wortlaut eingefügt:

“Art. 73^{nonies} - Der Versuch, einen in Artikel 73 Absatz 3 erwähnten Verstoß zu begehen, wird mit einer Gefängnisstrafe von acht Tagen bis zu drei Jahren und mit einer Geldbuße von 26 bis zu 50.000 EUR oder mit nur einer dieser Strafen belegt.”

Art. 13 - In dasselbe Gesetzbuch wird ein Artikel 73*decies* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

“Art. 73*decies* - Wird der in Artikel 73 Absatz 3 erwähnte Verstoß von einer kriminellen Organisation im Sinne von Artikel 324*bis* des Strafgesetzbuches begangen, wird der Schuldige mit einer Gefängnisstrafe von einem bis zu fünf Jahren und mit einer Geldbuße von 5.000 bis zu 500.000 EUR oder mit nur einer dieser Strafen belegt.”

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, dass es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Brüssel, den 9. Dezember 2019

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Vizepremierminister und Minister der Finanzen

A. DE CROO

Mit dem Staatssiegel versehen:

Der Minister der Justiz

K. GEENS

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR
ET SERVICE PUBLIC FEDERAL JUSTICE

[C - 2021/41435]

2 MAI 2021. — Arrêté royal modifiant l'arrêté royal du 30 mars 2001 portant la position juridique du personnel des services de police concernant la protection de la maternité

PHILIPPE, Roi des Belges,

A tous, présents et à venir, Salut.

Vu la Constitution, l'article 108;

Vu la loi du 16 mars 1971 sur le travail, l'article 39, alinéa 3, modifié par la loi-programme du 22 décembre 2008 et la loi du 25 avril 2014;

Vu la loi du 7 décembre 1998 organisant un service de police intégré, structuré à deux niveaux, l'article 121, remplacé par la loi du 26 avril 2002;

Vu l'arrêté royal du 30 mars 2001 portant la position juridique du personnel des services de police (PJPoL);

Vu l'avis de l'Inspecteur général des Finances, donné le 1^{er} septembre 2020;

Vu le protocole de négociation n° 492/4 du comité de négociation pour les services de police, conclu le 29 avril 2021;

Vu l'accord de la Secrétaire d'État au Budget, donné le 18 novembre 2020;

Vu l'accord de la Ministre de la Fonction publique, donné le 7 décembre 2020;

Vu l'avis du Conseil des bourgmestres, donné le 9 décembre 2020;

Vu l'avis 68.616/2 du Conseil d'Etat, donné le 27 janvier 2021, en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2^o, des lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973;

Sur la proposition de la Ministre de l'Intérieur et du Ministre de la Justice,

Nous avons arrêté et arrêtons :

Article 1^{er}. Dans l'article VIII.V.1^{er} PJPoL, modifié par l'arrêté royal du 10 mars 2008, l'alinéa 2 est abrogé.

Art. 2. L'article VIII.V.2 PJPoL, modifié par l'arrêté royal du 10 mars 2008, est abrogé.

Art. 3. Dans l'article VIII.V.4 PJPoL, modifié par les arrêtés royaux du 10 mars 2008 et du 11 janvier 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans l'alinéa 2, 4^o, les mots “à l'exclusion des absences visées à l'article VIII.V.2” sont abrogés;

2^o l'alinéa 2 est complété par le 5^o rédigé comme suit :

“5^o l'écartement complet du travail visé à l'article VIII.V.6.”;

3^o l'alinéa 3 est abrogé;

4^o dans l'alinéa 4, les mots “des alinéas 1^{er}, 2 et 3,” sont remplacés par les mots “des alinéas 1^{er} et 2”.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN
EN FEDERALE OVERHEIDSDIENST JUSTITIE

[C - 2021/41435]

2 MEI 2021. — Koninklijk besluit tot wijziging van het koninklijk besluit van 30 maart 2001 tot regeling van de rechtspositie van het personeel van de politiediensten betreffende de moederschapsbescherming

FILIP, Koning der Belgen,

Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groet.

Gelet op de Grondwet, artikel 108;

Gelet op de arbeidswet van 16 maart 1971, artikel 39, derde lid, gewijzigd bij de programmawet van 22 december 2008 en de wet van 25 april 2014;

Gelet op de wet van 7 december 1998 tot organisatie van een geïntegreerde politiedienst, gestructureerd op twee niveaus, artikel 121, vervangen bij de wet van 26 april 2002;

Gelet op het koninklijk besluit van 30 maart 2001 tot regeling van de rechtspositie van het personeel van de politiediensten (RPPoL);

Gelet op het advies van de Inspecteur-generaal van Financiën, gegeven op 1 september 2020;

Gelet op het protocol van onderhandeling nr. 492/4 van het onderhandelingscomité voor de politiediensten, gesloten op 29 april 2021;

Gelet op de akkoordbevinding van de Staatssecretaris voor Begroting, d.d. 18 november 2020;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister van Ambtenarenzaken, d.d. 7 december 2020;

Gelet op het advies van de Raad van burgemeesters, gegeven op 9 december 2020;

Gelet op advies 68.616/2 van de Raad van State, gegeven op 27 januari 2021, met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2^o, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Op de voordracht van de Minister van Binnenlandse Zaken en de Minister van Justitie,

Hebben Wij besloten en besluiten Wij :

Artikel 1. In artikel VIII.V.1 RPPoL, gewijzigd bij het koninklijk besluit van 10 maart 2008, wordt het tweede lid opgeheven.

Art. 2. Artikel VIII.V.2 RPPoL, gewijzigd bij het koninklijk besluit van 10 maart 2008, wordt opgeheven.

Art. 3. In artikel VIII.V.4 RPPoL, gewijzigd bij de koninklijk besluiten van 10 maart 2008 en van 11 januari 2019, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1^o in het tweede lid, 4^o, worden de woorden “met uitsluiting van de afwezigheden bedoeld in artikel VIII.V.2” opgeheven;

2^o het tweede lid wordt aangevuld met de bepaling onder 5^o, luidende:

“5^o de volledige werkverwijdering bedoeld in artikel VIII.V.6.”;

3^o het derde lid wordt opgeheven;

4^o in het vierde lid worden de woorden “het eerste, het tweede en het derde lid” vervangen door de woorden “het eerste en het tweede lid”.